„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

Für: Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.

Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.

Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Eine finanzielle Großtat

Das vom canadischen Finanzminister Robb im Unterhause zu Ottawa eingebrachte Budget muß von jedem, der für staatsfinanzielle Fragen ein tieferes Verständnis hat; als eine Großtat bezeichnet werden. Der Minister begnügt sich, soweit das die wirtschaftlichen Verhältnisse erlauben, nicht mit Halbheiten, sondern unternimmt einen energischen Schritt auf dem Wege zur Gesundung der ökonomischen Lage. Gerade dieser Punkt sollte besonders im Auge behalten werden. Denn er ist unseres Erachtens weit wichtiger als jedes kleinliche Bedenken hinsichtlich des einen oder anderen Budgetpostens. Wenn zum Beispiel die Autofabrikanten in Canada sich über die Herabsetzung des Autoschutzzolles erregen, so ist das wohl von ihrem Standpunkte aus begreiflich, aber dem steht doch die unleugbare Tatsache gegenüber, daß das Motorfahrzeug in den weiteren Teilen unseres Landes zu einem fast unentbehrlichen Verkehrs- und Produktionsmittel geworden ist. Da aber in jedem geordneten Staatswesen das Allgemeinwohl höher steht als das Wohl der einen oder anderen Bevölkerungsgruppe, so wird man auch in dieser Beziehung die Großzügigkeit der Vorlage anerkennen müssen.

Die überragende Bedeutung des neuen Budgets liegt unseres Erachtens namentlich darin, daß es als eine Triebfeder zu stärkerer Entwicklung und Entfaltung der lebenskräftigen und lebenswichtigen Erwerbszweige unseres Landes angesehen werden muß. Immer wieder ist der Ruf nach mehr Kapital und mehr Einwanderern erhoben worden. Wie aber sollte das unter der zerrütteten Finanzlage, welche Canada durch seine Beteiligung am Weltkriege sich zugezogen hatte, möglich sein? Nur ein Abbau der direkten und indirekten Steuerlasten, wie er als Grundgedanke dem Budget eigen ist, kann wirtschaftlich denkende Männer dazu ermutigen, ihr Geld und ihre Arbeitskraft in den Dienst dieses Landes zu stellen. Das Budget bietet dazu einen besonderen Anreiz und darf daher als ein zugkräftiges Propagandamittel für Canada angesehen werden.

Mißerfolg des russischen Emigranten-Kongresses

Der Bolschewismus hat von dem alten russischen Regime nichts zu fürchten, dessen Führer in Paris zu dem großen Kongreß der Emigranten zusammen getreten waren. Der Kongreß endigte mit einem großen Fiasko, da er sich außer Stande sah, sich auf die Formel einer Offensive gegen die Roten zu einigen.

Die Weigerung des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch, den Sitzungen beizuwohnen, Hader im Kongreß selbst über die zu fassenden Beschlüsse und die Tatsache, daß die Monarchisten mehr Zeit darauf vergeudeten, unter sich zu zanken, statt eine solidarische Front gegen den Bolschewismus zu errichten, waren die eigentlichen Ursachen dieses Mißerfolges.

Als hätten die Bolschewisten eine Bombe in die Verhandlungen geworfen, so flog der Kongreß auf. Die Linke stimmte unter der Führung des Professors Struve einfach gegen einen Antrag auf Errichtung eines permanenten Komitees zur Bekämpfung des Bolschewismus.

Die Führer der Rechten, der frühere Premier Trepow, der gewesene Hofmarschall Krupensky, der frühere Hetmann der Don-Kosaken, Graf Grabbe und andere gaben ihrer bitteren Enttäuschung über diesen Ausgang des Kongresses Ausdruck.

Die Mitte und die Linksgruppe des Kongresses, Kaufleute, Finanziers und Industrielle, waren es, welche den Plan der Errichtung dieses Ausschusses vereitelten. Von den 457 Delegaten stimmten 297 für den Vorschlag, der aber verloren ging, weil eine Zweidrittelmehrheit nicht zu erzielen war.

Die Führer der Rechten trösten sich indeß mit der Tatsache, daß sich der Kongreß auf ein definitives Programm geeinigt hat, das in Form einer Botschaft an das russische Volk in Rußland eingeschmuggelt werden soll. Das Manifest, das in Rußland zur Verbreitung kommen soll, besagt unter anderem: „Die Agenten der Dritten Internationale, die zur Zeit im Kreml sitzen, haben den russischen Staat ruiniert und sind im Begriff, die russische Nation auszurotten. Der Feind sucht euch beizubringen, die Abschüttelung des Kommunistenjochs werde das alte Regime zurückbringen. Das ist falsch, dieses Regime ist für immer vorbei. Wenn die Fesseln der Tyrannei einmal gebrochen sind, wird im Herzen Rußlands ein neuer Staat erstehen. Der Kommunismus wird sterben, Rußland aber ist ewig."

Ein temporäres Komitee wird die finanziellen Angelegenheiten des Kongresses abwickeln. Der Ver. Staaten-Regierung wurde der Dank des Kongresses dafür ausgedrückt, daß sie nachdrücklich die Anerkennung der Sowjet-Regierung verweigert.

Eine Depesche wurde an die Zarinmutter Maria Feodorowna in Kopenhagen abgesandt, in welcher der Kongreß seiner Hingebung und Liebe an die frühere Herrscherin Ausdruck gibt.

Weltumschau

Deutschland

Für die Bestimmung, was mit dem Besitz der früher in Deutschland regierenden Fürsten geschehen soll, tritt nunmehr ein neuer Faktor in den Vordergrund. Es ist festgestellt, daß die Hohenzollern dem preußischen Staat sieben Millionen Mark an rückständigen Steuern schulden. Während die Bestimmung über den Fürstenbesitz in der Schwebe hängt, ruht natürlich auch der Steuerzwang. Wird der Besitz ohne Entschädigung verstaatlicht, sind auch die rückständigen Steuern gelöscht.

Es fragt sich indessen, ob das ausgesprochene Volksbegehren nach einem Referendum über den Enteignungsantrag der Sozialisten und Kommunisten wirklich stattfinden wird. Es scheint, als ob der neue Gesetzentwurf, der ein Kompromiß darstellt, Aussicht auf Annahme im Reichstag hat. Dieser von den Abgeordneten Schulte (Zentr.), Dr. Wunderlich (Deutsche Volkspartei), Freiherr von Richthofen (Dem.), Hampe (Wirtschaftliche Vereinigung), und Dr. Pfleger (Bayerische Volkspartei), eingebrachte Kompromiß-Gesetzentwurf besagt in seinen wesentlichsten Bestimmungen:

§ 1. Für die vermögensrechtliche Auseinandersetzung und für die sonstigen in § 2 bezeichneten Streitigkeiten zwischen einem deutschen Lande und den Mitgliedern des Fürstenhauses, das bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in Deutschland regiert hat, wird ein Reichsondergericht bestellt (Reichsondergericht für die Vermögensauseinandersetzung zwischen den Ländern und den Fürstenhäusern.) Vorsitzender des Reichsondergerichts ist der Präsident des Reichsgerichts. Sein Stellvertreter ist ein Senatspräsident vom Reichsgericht. Der Sitz des Gerichts ist Leipzig. Das Reichsondergericht entscheidet in der Besetzung von 9 Mitgliedern. Den Vorsitz führt regelmäßig der Präsident des Reichsgerichts und im Falle seiner Behinderung sein Stellvertreter. Der Reichspräsident ernennt auf Vorschlag der Reichsregierung (Artikel 52 der Reichsverfassung) den Stellvertreter des Vorsitzenden, die acht weiteren Mitglieder und die notwendigen Stellvertreter. Vier von den weiteren Mitgliedern und deren Stellvertreter müssen Mitglieder vor ordentlichen Gerichten oder Verwaltungsgerichten des Reichs oder der Länder sein. Die Mitglieder des Reichsondergerichts sind unabsetzbar.

§ 2. Das Reichsondergericht wird auf Antrag eines Landes oder eines Mitgliedes eines vormals regierenden Fürstenhauses tätig.

§ 6. Aus der Streitmasse sind dem Lande vorweg die Gegenstände zuzuteilen, die es aus Gründen der Kultur oder Volksgesundheit in Anspruch nimmt, insbesondere Theater samt zugehörigem Fundus, Schlösser, Museen, Sammlungen, Bibliotheken, Archive, Parkanlagen oder ähnliche Vermögensstücke, vorausgesetzt, daß die in Anspruch genommenen Gegenstände zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes zur regelmäßigen öffentlichen Besichtigung oder Benutzung freigegeben waren. Die Zuteilung erfolgt ohne Entschädigung, soweit diese Freigabe bereits vor der Staatsumwälzung von 1918 erfolgt war. Ob in den anderen Fällen eine Entschädigung in der Streitmasse zu leisten ist, richtet sich danach, ob der zugeteilte Gegenstand für das Land einen Nutzungswert hat. Die Höhe der Entschädigung bestimmt das Reichsondergericht nach freiem Ermessen. Ferner sind dem Lande aus der Streitmasse vorweg Vermögensstücke zuzuweisen, die zur Erfüllung der von dem Lande übernommenen Versorgungsansprüche ehemaliger Hofbediensteter notwendig sind.

Die Möglichkeit, das Referendum durch den obigen Kompromiß-Gesetzentwurf zu ersetzen, ist dadurch gegeben, daß die Verfassung es unterläßt, für das erstere als Grund eines Volksbegehrens einen bestimmten Termin nach der Aussprache des Begehrens festzusetzen.

Rußland.

Rußlands Budget beziffert sich in diesem Jahr auf 4,000,000,000 Rubel gegen 2,800,000,000 Rubel im vorigen Jahre, wie Premier Rykow der Sowjet-Exekutive mitteilte. Ein Haupt-Etatposten sind, wie er erklärte, die 155,000,000 Rubel, welche als außerordentliche Ausgabe für die Industrie ausgeworfen sind. Trotz der durch steigende Einfuhr veranlaßten ungünstigen Handelsbilanz dem Auslande gegenüber besaß die Regierung ausreichende Quantitäten Münze und Goldfonds, um alle im Ausland gemachten Bestellungen zu begleichen. Die April-Bilanz des Handels mit dem Ausland ist die erste in diesem Wirtschaftsjahr, die für Rußland günstig ausfallen wird. Der Premier teilte ferner mit, daß die Budgeteinnahmen so angesetzt sind, daß sie einen Ueberschuß von 100,000,000 Rubel über die Ausgaben des russischen Staatshaushaltes ergeben werden.

Frankreich.

Der frühere Premier Poincare von Frankreich warnte in einer in seinem Heimatsorte Bar le Duc gehaltenen Ansprache, Deutschland kein volles und unbedingtes Vertrauen entgegenzubringen. „Frankreich ist genötigt gewesen, die hauptsächlichsten Klauseln des Versailler Vertrages gegen die fortwährenden bösen Absichten unserer früheren Feinde zu verteidigen, sowie gegen die Gleichmütigkeit unserer früheren Freunde, welche es übernommen hatten, Deutschland zu kontrollieren und auf die Innehaltung der ihm auferlegten Verpflichtungen zu achten," sagte Poincare. „Wir müssen zunächst auf unseren eigenen Schutz bedacht sein. Wir müssen uns auf unseren Patriotismus und unsere moralische und physische Stärke verlassen. Um gute Weltbürger zu sein, müssen wir zuerst gute Kirchenleute werden."

Irland.

Die Wohnung des Grafen Plunkett, des bekannten republikanischen Abgeordneten in Dublin, wurde von der Polizei überfallen. Plunketts beide Söhne George und Owen wurden aus ihren Betten gescheucht und nach der Reviermache gebracht. Eine starke Polizeimacht hielt das Haus umringt, während Detektivs sich in das Innere begaben, die Söhne festnahmen und das Haus von oben bis unten durchsuchten. Die Söhne des Grafen wurden wieder auf freien Fuß gesetzt. Nach Angabe der Polizei wurden die Verhaftungen vorgenommen, weil die beiden jungen Grafen im Verdacht standen, an einem kürzlich vorgekommenen bewaffneten Ueberfall beteiligt gewesen zu sein.

Graf George Noble Plunkett hat in der republikanischen Bewegung in Irland eine große Rolle gespielt. In dem von De Valera errichteten Kabinett hatte er das Ministerium der Schönen Künste inne. Er ist in Literatur und Kunst sehr bewandert und gehört vielen literarischen Gesellschaften der zivilisierten Welt als Ehrenmitglied an. Im November 1922 wurde sein Haus von Truppen der Nationalarmee überfallen. Eine große Quantität von Explosivstoffen wurde bei jener Gelegenheit mit Beschlag belegt. Einer seiner Söhne wurde wegen Teilnahme an dem Osteraufstand im Jahre 1916 hingerichtet, und der Graf selbst wurde dazumal eine kurze Zeit im Gefängnis gehalten.

Griechenland.

Zwei Leiter des am 8. April in der Garnison von Saloniki versuchten erfolglosen Aufstandes wurden durch ein Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Es sind Oberst Zavellas und Major Karakouphas. Sieben andere Offiziere, welche an der Meuterei beteiligt waren, wurden zu Freiheitsstrafen von verschiedener Dauer verurteilt. An der Meuterei in Saloniki nahmen etwa 4000 Soldaten teil. Sie wurden von der 11. Division der regulären Armee umzingelt und ergaben sich bedingungslos.

Vom Völkerbund.

Das Ligasekretariat gab den Wortlaut der Note des russischen Außenministers Tschitscherin bekannt, in welcher die Sowjet-Regierung die Teilnahme an den Beratungen der Kommission zur Vorbereitung der internationalen Abrüstungs-Konferenz ablehnt. Die Note ist gespickt mit Angriffen auf die Völker-Liga. Zugleich wird die schweizerische Regierung beschuldigt, für die Freisprechung des Mörders des russischen Abgesandten Worowsky im Jahre 1923 sich direkt eingesetzt zu haben und dann erklärt die Moskauer Regierung könne den Versicherungen der Schweiz, den Sowjet-Delegaten Fen benötigten Schutz angedeihen zu lassen, kein Vertrauen schenken. In der Note heißt es dann weiter: „Da das Fernbleiben der Sowjet-Regierung von der Abrüstungskonferenz von gewissen Staaten als Vorwand gebraucht werden kann, die Sache der allgemeinen Abrüstung zu Fall zu bringen, so erscheint die Schutzhaltung berechtigt, daß der Völkerbund oder jene, die seine Betätigung leiten, durchaus nicht wünschen, daß die proponierte Konferenz positive Resultate zeitigt."

Auslandminister Tschitscherin erklärt weiter, die Haltung derer, welche die Ligapolitik bestimmen, habe die Sowjet-Regierung endgültig von dem Mangel an Aufrichtigkeit in der von der Liga ergriffenen Initiative überzeugt, wie auch von der vollständigen Unfähigkeit dieser Körperschaft, eine so wichtige Aufgabe wie die Einberufung einer universalen Abrüstungs-Konferenz durchzuführen. Zum Schluß wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Völkerliga in der Zukunft die Sowjet-Regierung nur zu solchen Konferenzen einlade, bei denen die Beteiligung Rußlands von den Machthabern des Völkerbundes auch tatsächlich aufrichtig gewünscht wird.

Türkei

Die Hebung von Schiffen, welche während des Weltkrieges in türkischen Gewässern versanken, soll im Frühling in Angriff genommen werden. Eine italienische Gesellschaft hat zu dem Zwecke einen Kontrakt mit der türkischen Regierung abgeschlossen, um die 39 Schiffe zu heben, welche in den Dardanellen, dem Marmara- und dem Schwarzen Meer sanken. 23 dieser Schiffe sind türkisch und umfassen drei Kreuzer, 12 Zerstörer, sechs Unterseeboote, ein Transport- und ein Hilfsschiff. Neun der Wracks, zur Hauptsache Zerstörer, sind englisch und sieben französisch. Man glaubt, daß keines der Schiffe wieder für den Gebrauch instand gesetzt werden kann; doch der in ihnen enthaltene Materialwert soll genügend sein, um die Hebung bezahlt zu machen. Die türkische Regierung wird neunzig Prozent des gehobenen Materials erhalten, während die italienische Gesellschaft hofft, mit den übrigen zehn Prozent einen genügenden Gewinn zu erzielen.

Tripolis.

Benito Mussolini, der italienische Premier, landete auf afrikanischem Boden. Er überbrachte der bedeutendsten Kolonie des italienischen Königreiches die Botschaft, daß seine Reise nach Afrika nicht als ein bloßer administrativer Akt, sondern als eine Bestätigung der Macht des italienischen Volkes und als eine Kundgebung der Stärke Roms aufgefaßt werden soll. Mussolini sagte, man solle mehr das, was er unausgesprochen ließ, erwägen, als das, was er sagte. Dem Premier wurden Ehrungen zuteil, wie sonst nur Prinzen aus königlichem Geblüt bereitet werden.

Aegypten.

Die vornehmste theologische Körperschaft des Mohamedanismus, die Ulemas der Universität El Azhar in Kairo, haben zur Besprechung der Kalifatsfrage ein panislamisches Konzil für den 13. Mai d. J. nach Kairo einberufen. Um den verschiedenen Schwierigkeiten im voraus die Spitze abzubrechen, haben die Ulemas eine Tagesordnung des Konzils festgesetzt, die jede Frage ausschließt, die auch nur im geringsten mit Politik etwas gemein hat. Eben deshalb wurden auch nicht die Vertreter der einzelnen islamischen Regierungen eingeladen, sondern nur Delegierte der Volksgemeinschaften. Durch die Betonung des demokratischen Momentes will man die reinreligiöse Tendenz der Bewegung hervorkehren.

Marokko.

Definitive Schritte zur Herbeiführung des Friedens in Marokko wurden getan, als französische und spanische Staatsbeamte sich entschlossen, die Vertreter der Rifstämme einzuladen, mit französischen und spanischen Delegaten am 15. April in der Ortschaft Oudjda, nahe der marokkanisch-algerischen Grenze, zusammenzutreffen. Offiziell wurde in Erfahrung gebracht, daß der erste Gegenstand der Tagesordnung die Bedingungen des Abschlusses eines Waffenstillstands sein werden. Nach mehreren Unterredungen zwischen den französischen und spanischen Beamten wurde beschlossen, die Rifstämme einzuladen, unabhängige Delegaten zu entsenden, die den gleichen Status bei den Verhandlungen inne haben sollen, wie die Abgesandten von Abd-el-Krim, dem Führer der aufständischen Rifkrieger. Der Entschluß, die Stämme aufzufordern, ihre eigenen Delegaten zu entsenden, wird in Paris als eine Maßnahme betrachtet, die darauf berechnet ist, die Opposition gegen die Annahme annehmbarer Bedingungen, die Abd-el-Krim gemacht werden sollen, zu schwächen. Es ist bekannt, daß verschiedene einflußreiche Häuptlinge des Krieges müde sind und Frieden wünschen. Sie sind indes der Rache der Anhänger des Rifführers ausgesetzt und deshalb außer Stande, solange sie im Felde stehen, sich von Abd-el-Krim loszusagen. Die französischen Delegaten zu den Verhandlungen wurden ernannt. Sie sind General Simon, ein erfahrener Kolonialkrieger, der die ganzen Marokkokampfe mitgemacht hat, und Henri Ponsot, Hilfsdirektor der afrikanischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, eine der bekanntesten Autoritäten in Marokko-Angelegenheiten. Lopez Bolivas, Direktor der marokkanischen Abteilung des spanischen Auswärtigen Amts, steht an der Spitze der spanischen Delegation. Er wird demnächst in Paris erwartet. Die französischen und spanischen Delegaten werden hier miteinander verhandeln, ehe sie sich nach Oudjda begeben. Die Rifdelegation wird sich zusammensetzen aus Si Mohammed Azerkane, dem Auslandminister Abd-el-Krims, und Si Ahmed Ofedi, sowie Si Mohammed Hitui als Abgesandten der Stämme.

Nach Andeutungen in amtlichen Kreisen wird der Rifleiter Abd-el-Krim eingeladen, seinen Wohnsitz außerhalb von Marokko aufzuschlagen. Unter Umständen wird ihm eine Villa in Frankreich, mit genügend Geld zu seinem Unterhalt, angeboten. Die Franzosen und Spanier wollen auf diese Weise versuchen, ihn aus dem Rifgebiete zu entfernen. Ebenso wie es mit dem früheren Sultan Mulai Hafid geschah, der jetzt in anscheinender Zufriedenheit in dem Pariser Vorort von Enghien lebt.

Canadas Friedenswille

Bedeutsame Rede des französisch-canadischen Senators Dandurand in London, England.

Der canadische Senator Dandurand, der als Vertreter Canadas an der letzten Völkerbundsversammlung in Genf teilnahm, wurde auf seiner Rückreise in London, England, vom dortigen Canada-Club aus Anlaß eines Banketts feierlich begrüßt. In Beantwortung der ihm gewidmeten Ansprachen hielt Raoul Dandurand eine Rede, aus der man in den englisch canadischen Zeitungen nur ganz wenige Sätze erfuhr. Die Ausführungen Dandurands sind aber so interessant, daß sie verdienen, weiter bekannt zu werden. Der canadische Senator sagte:

„Da ich von Genf zurückkehre, halte ich es für meine Pflicht, Sir Austen Chamberlain meine Bewunderung für die von ihm auf der letzten Versammlung geleistete Arbeit auszusprechen. Ich muß die Fähigkeiten des Ministers für auswärtige Angelegenheiten anerkennen. Die Schwierigkeiten waren tatsächlich so zahlreich und kamen aus so vielen Kreisen, daß Sir Austen nach einem Bilde der alten militärischen Formation im Viereck gegen sie auftreten mußte. Die Verwirrung war so groß, daß jede Regelung noch mehr Schwierigkeiten zu bringen schien. Es war ein endloses und dunkles Labyrinth .... Jeder, der mit gebundenen Händen nach Genf kam, hat sich noch mehr als wertlos erwiesen. Brasilien hat diese Tatsache vollkommen bestätigt. Wir glitten aus und zwar auf einer südamerikanischen Bananenschale, aber die Einigkeit der großen europäischen Mächte wurde gewahrt. Das war der wichtigste Punkt ... Ich fühlte, daß die canadische Atmosphäre weit ruhiger war. Da wir gerade an den Weltfrieden denken, möchte ich Canadas Stellung auf den Gebieten des britischen Reiches und der internationalen Politik berühren. Ich möchte Ihnen einen Einblick in die canadische Auffassung der Fragen geben, die wir nicht alle vom gleichen Gesichtswinkel aus sehen.

„Ich behaupte nicht, daß ich für das ganze canadische Volk spreche, aber ich glaube die Stimmungen eines sehr großen Teiles unserer Bevölkerung in der ganzen Dominion sehr wohl zu kennen ....

„Einige historische Tatsachen können unsere gegenwärtige geistige Einstellung sehr wohl erklären. Sie alle wissen, daß in den Jahren 1913 und 1914 Vorbereitungen getroffen wurden, um den hundertjährigen Frieden zwischen Canada und den Ver. Staaten zu feiern. Mein Land hatte sich während den vorausgegangenen 15 Jahren eines gewaltigen Fortschrittes erfreut. Es entwickelte sich großartig. Einwanderer kamen nach Hunderttausenden zu unseren Gestaden, und wir bauten damals eine dritte transkontinentale Eisenbahn. Wir hatten eine sehr mäßige Besteuerung — indirekt und daher von vielen nicht beachtet und meistens nicht gespürt. Wir hatten keine Einkommensteuer und, wenn wir zurückschauen, nehmen wir wahr, daß wir uns eines wirklichen irdischen Paradieses erfreuten. Unsere Bundeseinnahmen waren rund 130 Millionen Dollars und unsere Rüstungsausgaben 12 Millionen.

„Dann kam der Krieg. Unsere Einwanderung geriet in Stillstand. Zwei transkontinentale Eisenbahnsysteme gingen bankerott und die Dominion trat ihr Erbe an mit 100 Millionen Dollars Defizit im Jahr. Unsere Steuerlast stieg von 130 Millionen auf 350 Millionen und unsere Ausgaben für Rüstungen, für Kriegsschuldendienst und Pensionen schnellte von 12 Millionen auf jährlich 144 Millionen empor.

„Diese Ziffern starren uns ständig ins Gesicht. Sie mögen verhältnismäßig klein erscheinen, wenn wir sie mit dem seit Jahrhunderten von Großbritannien aufgehäuften Reichtum vergleichen, aber für ein junges Land wie Canada ist die Last schwer. Wir wissen jetzt, was Einkommensteuer heißt und was so viele andere neue Steuern bedeuten, die unseren Handel hindern, unsere Lebenskosten steigern und unsere Entwicklung hemmen.

„Unsere Lage ist umso schwieriger geworden, weil unser Nachbar im Süden seine eigenen Steuern immer mehr herabgesetzt hat. Die Ver. Staaten, reich an Menschen und Material, schreiten vorwärts und ihre Anziehungskraft nimmt ständig zu. Wir in Canada fühlen den wachsenden Einfluß dieses Magnets. Unsere Nachbarn haben ihre Einwanderungsquote der Welt gegenüber, aber nicht Canada gegenüber aufgerichtet. Die Türen an unseren Grenzen bleiben offen.

„Nach achtjährigem Frieden ist es uns infolge unserer Eisenbahndefizite noch nicht gelungen, das Gleichgewicht in unserem Budget herzustellen. Wir ringen mannhaft um dieses Ziel. Unsere erste Pflicht gegenüber unserem Lande ist es, in unserem eigenen Hause finanzielle Ordnung zu schaffen.

„Wir, die wir im Laufe der letzten drei Jahrhunderte Europa verlassen haben, um unsere Lage zu bessern, waren das glücklichste Volk der Welt bis zu dem Tag, da wir nach Europa zurückkehrten. Vielleicht gehören wir trotz allem noch zu den glücklichsten Menschen auf Erden im Vergleich zu anderen, weil wir Mut und unbegrenztes Vertrauen in unsere Zukunft haben. Aber der furchtbare Balkanausbruch, der unser wirtschaftliches Gebäude so schwer erschütterte, läßt uns vor der Uebernahme einer neuen Verpflichtung, die früher oder später uns wieder zu einer Rückkehr nach Europa zwingen könnte, zurückschrecken.

„Wenn wir auf unsere vorkriegszeitliche Kriegsausgabe von 12 Millionen Dollars, welche auf 144 Millionen angewachsen ist, hinschauen, werden wir etwas unzufrieden bei einem Vergleich zwischen unserer gegenwärtigen Besteuerung pro Kopf und jener anderer Schwesternationen. Das alte Sprichwort: „Das Interesse ist das Maß für die menschlichen Handlungen" ist noch die Regel, welche die Menschheit beherrscht. Die meisten Canadier haben, mit Recht oder Unrecht, nicht das Gefühl, daß sie bedroht sind. Sie lassen sich für dringende Notwendigkeiten stark besteuern, aber sie sind — vergessen Sie das nicht — von friedlichem Geiste beseelt.

„Als die britische Regierung den König ersuchte, einen Canadier abzuordnen, um in Washington einen Vertrag zu unterzeichnen, der Canada allein angeht, machte eine Londoner Zeitung die für canadische Augen und Ohren amüsante Bemerkung: „Canada will seine Verträge allein unterzeichnen, aber es hat keine Armee und keine Flotte, sie zu verteidigen." Der Schreiber dachte wie ein Europäer nach den Ideen der Gewalt. Den Canadiern aber ist es niemals eingefallen, daß hinter einem Vertrag eine Armee stehen müsse. Sie sind von jeder Furcht stets frei gewesen. Sie haben niemals das Gefühl gehabt, daß sie einen Schutzes bedürften. Sie glauben vielmehr, daß sie eine schutzgewährende Nation sind. Ihre Geschichte hat diese Ueberzeugung in ihnen geschaffen." Die Kämpfe von 1775, von 1812, von 1866 und wiederum die von 1914 waren nicht canadischen Ursprungs.

„Mit Recht hat man gesagt, Canada sei ein Produzent und nicht ein Konsument der Sicherheit. Niemals hat es auch nur einen Finger erhoben, um nach Hilfe zu rufen. Die Canadier haben nichts übrig für das Liebkosen und Manövrieren, das immer im Gange ist, um ihr Land in größere Rüstungsausgaben hineinzuziehen, obwohl ihm in finanzieller Hinsicht infolge seines letzten europäischen Abenteuers noch das Wasser bis zum Munde reicht.

„Sie werden das Fühlen und Denken in Canada verstehen, wenn ihm in der Presse in der einen oder anderen Form gesagt wird, daß es sich hinsichtlich seiner Verteidigung auf andere verlasse. Als 1921 die Abrüstungskonferenz in Washington zu Ende ging, kam Lord Lee of Fareham nach Montreal und verlangte öffentlich von Canada, einen Teil der Seerüstung des britischen Reiches zu übernehmen. Die Konferenz hatte bereits beschlossen, eine allgemeine Abrüstung vorzunehmen. Wenn sich die Gelegenheit geboten hätte, hätte ich mich erkühnt, mit dem Glen Lord darüber zu sprechen, ob es nicht klug wäre, nach Washington zurückzukehren, um auf eine weitere 50prozentige allgemeine Rüstungsbeschränkung zu dringen, um die Last noch mehr zu erleichtern. Auch andere Sendboten mit dem nämlichen Ziele waren zu hören.

„Wenn wir kaltblütig ersucht werden, bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen, wird unsere Entscheidung durch die Vernunft gefällt. Doch sind wir mehr entgegenkommend, wenn in Zeiten der Not an unsere Gefühle appelliert wird.

„Die Canadier gehören zu jenen, die glauben, daß es für die Welt nur einen Weg zur Wiedergutmachung ihrer Verluste und zu ihrer Rettung vor dem Bankerott gibt, nämlich die Einschränkung ihrer Armee- und Flottenrüstungen. Wir haben unser Vertrauen auf den Einfluß und die Tätigkeit des Völkerbundes gesetzt, welcher sich bald mit dem Problem der Rüstungsbeschränkungen zu Land und See befassen wird. Laßt uns um Erfolg beten. Wir haben Vertrauen auf den Völkerbund, welcher regelmäßig zu bestimmten Zeiten die meisten Nationen der Erde zusammenführt. Besonders bemerkenswert ist in diesen Versammlungen das aufrichtige Streben nach Zusammenarbeit.

„Ich bin an der Arbeit des Völkerbundrates, der wenigstens viermal im Jahre zusammentritt und die Großmächte umfaßt, stark interessiert. Die Großmächte sind es, welche in Anbetracht ihrer Macht am meisten zu fürchten sind. Wenn sie zusammenprallen, wird die ganze Welt von einer Sündflut heimgesucht. Da die Großmächte sich im Völkerbundsrat mit dem hauptsächlichen Ziele der Sicherung des Weltfriedens zusammenfinden, ist es ihre Aufgabe, den kleinen Nationen Verständigung und Ausgleich zu predigen. Ich hoffe, daß sie, nachdem sie wiederholt die Regeln und Grundsätze zur friedlichen Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den kleinen Nationen niedergelegt haben, selbst sich ihre Lehre zu eigen machen und sie unter sich selbst anwenden. Bis diese Entwicklung abgeschlossen ist, ist nach unserer Meinung in Canada der Friede Europas sichergestellt. Wenn die beiden großen Nachbarländer, welche während des letzten Sturmes Seite an Seite standen, Großbritannien und Frankreich, harmonisch zusammenwirken. Wir sind dankbar dafür, daß die Baldwin-Regierung diese Politik beharrlich verfolgt hat. Diese beiden, großen führenden Länder müssen der Welt ein Beispiel geben.

„Das britische Reich, wie es gegenwärtig konstituiert ist, wird bestehen, wenn in seinen einzelnen Teilen das Gefühl völliger Gleichheit zwischen seinen Gliedern herrscht. Herr Amery hat kürzlich bemerkt und ganz mit Recht, daß ein Land wie Canada mit einer Bevölkerung größer als die meisten der kleinen Nationen der Welt Anspruch darauf hat, im Komitee der Nationen eine Rolle zu spielen. Sir John A. MacDonald wollte im Jahre 1867 für unsere neue Konföderation den Namen und Titel eines „Königreich Canada", um so klar zum Ausdruck zu bringen, daß wir keine Kolonie mehr sind. Es gelang ihm nicht, dieses Firmenschild zu erhalten, aber er erreichte es dem Wesen nach. Unter unserer „Magna Charta" haben wir uns normalerweise zu einer Nation entwickelt.

„Die canadische Bevölkerung würde es als unerträglich betrachten, als den Untertanen des Königs unterworfen angesehen zu werden. Die Canadier wissen sehr wohl, daß die britischen Staatsmänner das Prinzip der Gleichheit anerkannt haben; aber vielleicht glaubt die Bürokratie, welche man in geistiger Hinsicht als eine Aristokratie ansprechen kann, daß sie manches besser leisten kann als wir selbst. Wir haben in unserer Geschichte Gelegenheit gehabt, uns mit einer solchen Lage zu befassen, und die Bürokratie mußte sich wohl oder übel in das Unvermeidliche fügen.

„Ich möchte noch ein Wort bezüglich einer sehr angenehmen Sache hinzufügen, welche ein außerordentlich störendes Element und eine Gefahr für den Weltfrieden ist. Als der Waffenstillstand erklärt wurde und als späterhin die Friedensverträge unterzeichnet wurden, haben die Unterzeichner dieser Abmachungen vergessen, die Kriegskorrespondenten zu demobilisieren. Das Resultat davon ist, daß sie unter einem anderen Namen als „Auslandskorrespondenten" auf dem Kriegspfad verharrten. Obwohl der Völkerbund sich auf ein Protokoll geeinigt hat, das den Gebrauch von Giftgasen ausschaltet, haben die Auslandskorrespondenten jeden Morgen die öffentliche Meinung vergiftet, indem sie Mißtrauen, Eifersüchteleien und Haß zwischen den Völkern erweckten. Täglich behaupten sie, ein Komplott der einen Nationengruppe gegen eine andere entdeckt zu haben. Es scheint, daß sie nicht leben können, ohne im Trüben zu fischen, und wühlen daher den Teich fortwährend auf. Sie merken, daß sie bald ihre Existenzberechtigung verlieren würden, wenn sie an ihre Zeitungen kabeln würden, daß in Europa alles gut steht. Diese nichtswürdige Arbeit kann nicht stark genug verurteilt werden. Sie muß eine äußerst schädigende Wirkung auf die Vereinigten Staaten ausüben, wenn das dortige Publikum nur ein Zehntel von den phantastischen Geschichten glaubt, die von europäischen Streitigkeiten und Verdächtigungen erzählen. Ich bin nun in drei Versammlungen des Völkerbundes gewesen. Ich habe die meisten Führer der verschiedenen Länder getroffen und habe trotz der Kriegskorrespondenten genug Vertrauen in die gutgesinnten Männer in jedem Lande, daß trotz eines gewissen Maßes von Nervosität, das nach einem so furchtbaren Zusammenstoß ganz natürlich ist, in Europa alles gut steht."